

Datum: 24.09.2015

ST. GALLER

# TAGBLATT

Hauptausgabe

St. Galler Tagblatt AG  
9001 St. Gallen  
071 227 69 00  
www.tagblatt.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 26'287  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 999.207  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 5  
Fläche: 44'339 mm<sup>2</sup>



Eine Ausnahme mehr: Wie Landwirtschaftsfahrzeuge sollen auch Pistenfahrzeuge künftig teilweise von der Mineralölsteuer befreit werden.

## Extrawurst für Bergbahnen

Heute entscheidet der Nationalrat über eine Gesetzesänderung, die Pistenfahrzeuge teilweise von der Mineralölsteuer befreien würde. Die Bürgerlichen sind mehrheitlich dafür.



MICHEL BURTSCHER

**BERN.** Während der Herbstsession ist im Parlament über wegweisende Geschäfte diskutiert worden: die Rentenreform, die Energiewende. Es geht aber nicht immer um grosse Themen. So entscheidet der Nationalrat heute über eine Steuererleichterung für Pistenfahrzeuge. Für diese muss die Mineralölsteuer entrichtet werden, obwohl sie nie auf der Strasse unterwegs sind. Das ist dem Parlament ein Dorn im Auge. Heute dürfte der Nationalrat darum einer Gesetzesänderung zustimmen, die Pistenfahrzeuge teilweise von der Steuer befreit. Das Vorhaben geht zurück auf eine Motion von CVP-Ständerat Isidor Baumann (UR) von 2012. Er argumentierte, dass ein Teil der Einnahmen der Mineralölsteuer zur Strassenfinanzierung eingesetzt würden. Dieser Betrag solle rückerstattet werden, da die Pistenfahrzeuge nie auf der Strasse seien. Das ist bei Landwirtschaftsfahrzeugen bereits so. Es ging Baumann um die Gleichstellung, aber auch um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bergbetriebe.

### Mit ökologischem Aspekt

Stark für das Vorhaben eingesetzt hat sich der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas. Es sei eine einfache Massnahme, um den Betrieben zu helfen, sagt er. «Vor allem angesichts der Frankenstärke ist die Lage akut.» Das sehen offenbar auch andere Bürgerliche so: «Wir haben die SVP und die BDP hinter uns», sagt Candinas. Auch bei der FDP würden schätzungsweise zwei Drittel der Fraktionsmitglieder zustimmen, sagt FDP-Nationalrat Beat Walti (ZH). Dabei sei seine Partei eigentlich gegen solche steuerlichen Ausnahmen. «Es gäbe bessere Fördermittel.» Da es aber schon andere Ausnahmen gebe, sei die Änderung sachlich begründbar. Ähnlich argumentiert Candinas: «Wir schaffen nichts Neues: Wir wollen nur, dass für Pistenfahrzeuge das gleiche gilt wie für Traktoren.» In seinem Gesetzesentwurf hatte der Bundesrat vorgesehen, das Anliegen mit einem ökologischen Aspekt zu verknüpfen: Pistenfahrzeuge mit Partikelfilter sollten bevorzugt behandelt werden. Die Mehrheit der Kommission für Verkehr und Fern-

meldewesen lehnt das aber ab.

### 1400 Fahrzeuge betroffen

Auch SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher (TG) geht davon aus, dass die Gesetzesänderung angenommen wird. Sie selber ist aber dagegen. «Man darf nicht einfach alles unter dem Deckmantel der Tourismusförderung verkaufen», sagt sie. Die Bergbetriebe müssten stattdessen innovativ sein und auf Kundentreue setzen. «Diese Revision bringt keine Verbesserung für den Tourismus.» Anders sieht das Seilbahnen Schweiz: «Bei grösseren Betrieben kann damit bis zu 400'000 Franken pro Jahr gespart werden», sagt Kommunikationschef Andreas Keller. «Das ist Geld, das dann andernorts investiert werden kann.»

In der Schweiz gibt es rund 1400 Pistenfahrzeuge. Je nach Schätzung geht es bei diesem Geschäft um einen Gesamtbeitrag von zwischen 8 und 13 Millionen Franken. Das klingt nicht nach viel. Laut einem Bericht der Steuerverwaltung von 2011 entgehen dem Fiskus jedoch wegen Ausnahmen und Abzügen im Jahr rund 21 Milliarden Franken.